

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wismelhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 83 u. 89. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

# Fünfundzwanzig Jahre Verband!

Am 18. August feiert der fünfundzwanzigste Jahrestag der Gründung unseres Verbandes wieder, ein Tag, der für die gesamte organisierte Bergarbeiterschaft Deutschlands ein Ehren- und Freudentag sein sollte, aber in unsere frohe Jubel- und Feststimmung dennoch nun unerbittlich die Kanonen; das angelegte Jubelfest muß ausfallen. Jetzt, wo die deutsche Nation in einem Kampf um Sein oder Nichtsein steht, wo Tausende und Abertausende unserer Kameraden auf den Schlachtfeldern in Rußland und Frankreich ihr Vaterland verteidigen, wilde Kosakenhorden vor dem Einbruch ins Land zurückhalten, unser Haus und Herd beschirmen, wo Mütter weinen und Kinder jammern, ist nicht der Zeitpunkt, Feste zu feiern. Mehr als 10 000 Kameraden aus Nah und Fern hatten ihr Erscheinen bereits zugesagt, alles war vorbereitet zu einer würdigen Gedenkfeier eines fünf- undzwanzigjährigen Wirtschaftskampfes, reich an Opfern, aber auch reich an Erfolgen. Unser Kampf wurde geführt mit dem Schwert des Wissens, den Waffen des Rechtes und der Gerechtigkeit für ein größeres Stück Brot, für mehr Bergarbeiterschutz, für verkürzte Arbeitszeit, bessere Sozialpolitik, mehr Freiheit und Rechte der Knappenschar, aber dieser Kampf muß jetzt ruhen, solange die Kanonen donnern, solange die Söhne Deutschlands und damit auch unsere Kameraden nicht vom Schlachtfeld zurückgeführt sind und ihre Friedensarbeit wieder aufgenommen haben. Mit den Wirtschafts- und Gewerkschaftskampf ist Waffenstillstand eingetreten, jedoch soll und darf keiner vergessen, daß uns nachher eine um so größere Arbeit erwartet, denn mit Kanonen wird die soziale Frage nicht gelöst.

Der große und gewaltige Kampf der deutschen Knappen im Frühjahr 1889 hatte die hohen und schönen Ideale der Solidarität geweckt, hatte die Knappenschar umschlungen mit dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, und dieses Gefühl sollte und mußte mit dem Band der Organisation dauernd zusammengefaßt werden. In einzelnen Gemeinden und Bezirken versuchten kleinere Gruppen, sich zu Interessenorganisationen zusammenzuschließen mit der Absicht, die kleinen Vereine später zu einer großen einheitlichen Organisation zusammenzuführen. Zwar hatten die Kameraden Bunte, Schröder und Siegel im Einverständnis mit Ebert-Bwickau schon vor Ausbruch des Streiks einen Delegiertentag nach Dorstfeld einberufen, der jedoch wegen dem Streik vertagt werden mußte. Nachdem die Streikaufrufungen sich gelegt hatten, beriefen sie diesen Delegiertentag auf den 18. August nach Dorstfeld. Mehr als 200 Delegierte aus dem Ruhrrevier, meistens die Belegschaftsvertreter während des Streiks, einige Kameraden aus Sachsen, Waldenburg und Aachen waren dem Ruf gefolgt. Siegel leitete die Verhandlung, während Bunte und Schröder referierten. Der eine sprach über Aufgaben und Zweck der Organisation, der andere über die Wirtschaftslage und den Bergarbeiterschutz. Beide sprachen sehr scharf, aber durchaus nach dem Empfinden der gedrückten Bergflaven. Schröder zog sich eine Anklage wegen Beleidigung der Bergbehörde zu, wurde jedoch freigesprochen. Die Versammlung stimmte einstimmig für Gründung einer Berufsorganisation und nahm, um die Einigkeit nicht zu stören, den Statutenentwurf der Bochumer (Zusangeliener) einstimmig an, während Schröder seinen Entwurf zurückzog, den er in Gemeinschaft mit Bunte, Siegel und dem Sozialistenführer W. Lölke ausgearbeitet hatte.

Damit bewies die erste Delegiertenversammlung, daß sie die absolute Einigkeit der Bergleute Deutschlands wünschte, und es waren gerade die Sozialisten, die Unreger, die wirklichen und wahren Gründer der Organisation, die ihr Statut preisgaben, um die Einigkeit zu retten.

Die Verbandsgründung rief bei der gesamten Bergarbeiterschaft helle Begeisterung hervor, und zu Tausenden strömten sie in die junge Organisation. Ganze Belegschaften bis zum letzten Mann zeichneten sich in die Mitgliederlisten ein, und nach kurzem Bestehen zählte der Verband an 80 000 Mitglieder. Gleich setzte auch die Verfolgung von drei Seiten ein: von den Grubenverwaltungen, den Behörden, der Geistlichkeit und Zentrumspresse. Diese Verfolgungstürme schüttelten den jungen Baum gewaltig, und bald lagen die welken Blätter haufenweise am Boden. Die anderen, die festhielten am Stamm, die „alte Garde“, mußten enorme Opfer bringen, wurden zu hunderten gemahregelt und ausgesperrt, von einer Beche zur anderen gejagt, mußten mit Weib und Kindern hungern, aber sie erhielten ihr selbstgeschaffenes Werk allen Feinden zum Trotz.

Als es den vereinigten Verfolgern der Bergarbeiterorganisation nicht mehr gelang, den Verband zu zertrümmern, schwächten sie ihn durch Gegenründungen, beschworen damit einen andauernden Bruderkrieg herauf, schwächten die gewerkschaftliche Aktions- und Stosskraft und schädigten dadurch den gesamten Bergarbeiterstand aufs schwerste. Konnte somit der Verband, gerade wegen dererspaltung, manche von seinen wichtigsten Forderungen nicht durchsetzen und mußten wir Kämpfe abbrechen, ohne direkten Sieg, so haben wir dennoch unendlich Vieles für die gesamte deutsche Bergarbeiterschaft erreicht. Die Löhne sind gestiegen, die Behandlung ist besser geworden, auf dem sozialpolitischen Gebiet wurden ganz wesentliche Verbesserungen erzielt, und vor allem das allgemeine Kulturniveau der Bergarbeiter hat sich allgemein erheblich gehoben; ein Erfolg unserer gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit. Und wenn nicht viel mehr erreicht wurde, so liegt das nicht am Verbands und seiner Leitung, sondern an den Bergleuten selbst, die teilweise abseits standen oder sich in anderen Organisationen zum Kampf gegen uns, anstatt gegen das Grubenkapital verleiten ließen. Während die Arbeiter anderer Berufe sich längst einheitlich zusammenschlossen, genau wie es das Unternehmertum aller Berufe von jeher getan hat, laufen die Bergleute jedem Schwindler nach, der es versteht, sie mit scheinheiliger, dumm-frecher Miene zu belügen, sie in ein konfessionelles oder chauvinistisches Desirium hineinzuführen. Diesen selbstbetrogenen Betrügnern verdanken die Knappen ein gut Teil ihres traurigen Loses. Würde das nicht geschehen sein, würden die Knappen in solcher Einigkeit gegen das Unternehmertum gekämpft haben, wie jetzt das deutsche Heer gegen die Landesfeinde, die Bergarbeiterschaft stände weit, weit besser da.

Indem wir unser Jubelfest jetzt vertagen, hoffen wir, daß nach Beendigung des Krieges die deutschen Knappen sich in brüderlicher Eintracht in einer Organisation zusammenfinden, so daß wir später mit unserem Jubelfest gleichzeitig das Fest der Verbrüderung der Bergarbeiter feiern können.

## Achtung Verbandskameraden! Neue Bestimmungen!

Im Laufe der verfloffenen Woche hat sich die Kriegslage noch bedeutend verschärft. Der europäische Krieg ist fürchterliche Last geworden. Mit tiefem Schmerz denken wir daran, daß sich nun auch die Heimatländer unserer belgischen, französischen und britischen Kameraden im Kriegszustand mit Deutschland-Österreich befinden. Die Kameraden, die so oft in freundschaftlicher Beratung die Interessen der internationalen Bergarbeiterschaft vertreten haben, sie stehen sich nun mit der Waffe in der Hand gegenüber. Möge das Schreckliche schnell vorübergehen, damit die Menschen in emsiger Kulturarbeit daran gehen können, die Kriegsgreuel dauernd zu bannen.

An unseren Verband tritt nun die erhöhte Aufgabe heran, die Notlage seiner Angehörigen nach besten Kräften zu lindern. Wir sind überzeugt, daß alle Kameraden mit uns sagen: Unsere erste und größte Sorge gilt den Familien unserer unter der Waffe getretenen Mitglieder. Sobald muß alles daran gesetzt werden, die Organisationseinrichtungen des Verbandes aufrecht zu erhalten.

Um der neuen Lage gerecht zu werden, müssen nun wesentliche Bestimmungen unseres Verbandsstatuts vorläufig außer Kraft gesetzt werden, neue Bestimmungen in Geltung treten. Eine Generalversammlung oder Urabstimmung kann aber jetzt nicht stattfinden; wir können wegen der Verkehrsbehinderung vielfach nicht einmal die Bezirkskonferenzen abhalten. In dieser Zwangslage stützte sich der Vorstand auf die Notvorschrift im § 40 Absatz 4 des Verbandsstatuts und beschloß in seiner Sitzung vom 9. August folgendes:

Es muß alles getan werden, um die Verwaltungskosten des Verbandes herabzusetzen, damit möglichst viel Mittel zur Unterstützung der Familien der im Felde stehenden Kameraden frei werden. Am Material muß gespart werden so viel und wo es nur eben möglich ist. Unsere Zeitung kann daher nur im beschränkten Umfange herauskommen. Verspätungen der Zu-

sendungen müssen wegen der Verkehrsbehinderung entschuldigt werden. Die Beamten in der Hauptverwaltung sowie auch die von uns befragten anderen Verbandsangestellten verzichten ausnahmslos freiwillig auf den vierten Teil ihres Einkommens. Wir sind überzeugt, daß alle Verbandsangestellte diesem Beispiel folgen. Eine erhebliche Zahl der Verbandsangestellten ist schon oder wird wahrscheinlich noch unter die Fahne berufen. Infolgedessen wird vielfach eine neue Bezirks- und Arbeitsteilung eintreten müssen. Wir fordern alle unsere Funktionäre auf, uns in der Aufrechterhaltung der Organisationseinrichtungen tatkräftig zu unterstützen. Nun muß jeder mit ansetzen!

Nach unserem Statut ruhen während der militärischen Dienstzeit (also auch während eines Krieges) die Rechte und Pflichten der diensttuenden Mitglieder. Die Beiträge dieser Mitglieder werden nicht erhoben, somit unterbleibt auch die Auszahlung der etwa fälligen Unterstüngen.

Der Gesamtvorstand hat jedoch beschlossen, diese Statutvorschrift bis auf weiteres außer Kraft zu setzen und statt dessen zu bestimmen: Die unter Waffen stehenden Mitglieder bleiben beitragsfrei. Ihren Familien soll aber aus der Verbandskasse nach Maßgabe ihrer Mittel Unterstützung gezahlt werden. Natürlich wissen wir bis jetzt noch nicht, wieviel verheiratete Mitglieder (oder sonstige Familienernährer) und wieviel Kinder in Betracht kommen. Das muß nun erst von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitern genau festgestellt werden. Dann erst wissen wir, wie hoch die auf jede Familie entfallende Unterstützung sein kann. Wie hoch die Gesamtsumme sein wird, kann kein Mensch voraussagen. Der Vorstand wird für diesen Unterstützungszweck eine Million Mark bereit stellen.

Laut unserem Statut ist die kürzeste Wartezeit bei Unterstützungsauszahlungen (abgesehen von gewissen Streiks) mindestens 26 Wochen. Auch diese Vorschrift soll für die Familienunterstützung außer Kraft treten. Die Karenzzeit wird von mindestens 26 auf mindestens 13 Wochen herabgesetzt. Weiter zu gehen kann der Vorstand nicht verantworten. Unsere Kameraden haben nun jahrelang die Unorganisierten förmlich angelehrt, sich dem Verbands zum Schutz ihrer Interessen anzuschließen. Wir haben bei der Mehrzahl tauben Ohren gepredigt. Nun stellt es

sich heraus, welchen hohen Wert die Verbandsmitgliedschaft in Notzeiten hat.

Die Ortsverwaltungen werden über die Anwendung der neuen Bestimmungen durch die Bezirksleiter, diese durch den Vorstand genaue Anweisungen erhalten. Jeder Kamerad weiß ja auch, daß es heute schwieriger als früher ist, eine größere Geldsumme schnell flüssig zu machen. Wir richten es aber schon ein, daß, wenn die Zahlung der zu unterstützenden Familien korrekt vollzogen ist, die zunächst notwendige Geldsumme bereit ist.

Alle Unterstützungsauszahlungen an die Familien dürfen unter Vermittlung der Bezirksleiter nur durch die Hauptkasse geschehen, damit wir den Überblick über den Bedarf behalten. Die Lokal- und Bezirkskassen werden hiermit aufgefordert, zur Verstärkung des Unterstützungsfonds ihre Bestände der Hauptkasse zu überweisen. Ferner wird eine allgemeine Sammlung für die Familien der im Felde stehenden Kameraden unter den Verbandsmitgliedern veranstaltet.

Das Jubiläumfest kann natürlich nicht stattfinden. Die Einnahmen für die Eintrittskarten werden, sofern die Mitglieder das Geld nicht bis zum 1. September zurück verlangen, dem Fonds für die Unterstützung der Familien der im Felde stehenden Kameraden zugeführt.

Kameraden, die ihr bei der Berufsarbeit bleiben könnt, zeigt nun brüderlichen Geist und hergymännische Opferwilligkeit! Einer für alle, alle für einen! muß in dieser schweren Notzeit unsere Parole lauten.

Selbstredend müssen nun alle Lohnbewegungen und Streiks unterbleiben bzw. eingestellt werden. Infolgedessen wird keine Streikunterstützung ausgezahlt; wir können diese Ersparnisse den notleidenden Familien der im Felde stehenden Mitglieder zuwenden. Desgleichen wird keine Gemahregelnenunterstützung zu zahlen sein. Die Werkverwaltungen haben alle militärfreien Arbeiter nötig und werden sich nun wohl auch von dem Gedanken, die hochernste Lage nicht auch noch durch Mahregelungen und Lohndruck zu verschärfen, leiten lassen.

Die meisten freien Gewerkschaften sind durch den Krieg so ungeheurer Belastet, daß sie schon zur Einschränkung oder vorläufigen Aufhebung der statutarischen Unterstützungseinrich-

tungen schreiten müßten. Es kommt nun eben alles auf die Treue und den Opfermut der vorstehenden Mitglieder an. Ob unser Verband ebenfalls eine vorläufige Einschränkung der Unterstützungsleistungen an die nicht zur Fahne einberufenen Mitglieder vornehmen muß, können wir noch nicht übersehen. Wenn es nötig sein sollte, so werden die Mitglieder rechtzeitig benachrichtigt. Wir sind aber der Überzeugung, daß dann auch unsere Mitglieder an Opferwilligkeit hinter den anderen Gewerkschaftskollegen nicht zurückbleiben, sondern gern auf Anrechte verzichten, damit wir die am schwersten Not leidenden Familien möglichst tatkräftig unterstützen können.

Und nochmals, Kameraden, vergeht in der Kriegszeit nur ja nicht, die Organisation hochzuhalten und zu stärken! Viele Tausende organisationsfähiger Berufsgenossen, die nicht einberufen werden, sind noch zu gewinnen. Entrichtet jetzt auch regelmäßig die Beiträge, denn alles, was der Verband nur eben an Vermögen entdecken kann, soll für die Familienunterstützung verwandt werden.

Es können nun auch wieder die Mitglieder versammlungen regelmäßig abgehalten werden. Alle Versammlungen bedürfen während der Kriegszeit der polizeilichen Genehmigung, die wohl nicht verweigert wird, und werden, wie früher, polizeilich überwacht. Erörterungen über die Kriegslage usw. dürfen natürlich in den Versammlungen nicht stattfinden, sind hier auch gänzlich überflüssig. Vernetzt über die Aufrechterhaltung und die Verstärkung unseres Verbandes, verhandelt er die Sache, wie sich das unter Kameraden gehört. Einer für alle, alle für einen! Das ist nun erst recht unsere Parole. Und dann werden wir die schwere Zeit übersehen.

Mit herzlichem Glück auf!

Der Gesamtvorstand.

J. A. G. Sasse.

## An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrecht zu erhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen.

Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermesslichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturenationen hereinbrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfange hereinbrechen.

In dieser ernsten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften, ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern.

Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabensfeldes stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzubringen und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft sich in alter Treue bewährt.

Berlin, den 2. August 1914.

(Dieser Aufruf wurde uns telegraphisch zugesandt, das Telegramm am 3. August 10 Uhr in Berlin aufgegeben, erreichte uns erst am Nachmittag des 5. August, so daß wir ihn erst in dieser Nummer bringen können.)

Von dem Zentralverein der Arbeitssachverständigen sind in Berlin an den Aufschlagplätzen Plakate angebracht, durch die alle, welche zur Grubenarbeit bereit sind, sich melden sollen. Es ist daraufhin in verschiedenen Gewerkschaftsbüros angefragt worden, unter welchen Bedingungen die Arbeitsaufnahme erfolgt.

Es ist in Verhandlungen, die am 2. und 3. August stattgefunden haben, an denen teilnahmen die Herren Unterstaatssekretär des Innern Richter, Direktor des Reichsamts des Innern Caspar, Geheimrat Dr. Wiedfeld, zwei Vertreter der Generalkommission und in der Sitzung am 3. August ein Herr vom preussischen Landwirtschaftsministerium, das folgende vereinbart worden:

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeit in der Landwirtschaft annehmen, unterstützen nicht der Gefährdung. Als Lohn erhalten sie den für landwirtschaftliche Arbeiter festgesetzten ortsblichen Tagelohn und außerdem freie Wohnung und Verpflegung.

Die Vermittlung der Arbeitskräfte erfolgt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise. Von den Gewerkschaften wird in allen Orten eine Vertrauensperson bestellt, an welche sich die auf dem Lande Arbeit suchenden Arbeiter wenden sollen. Die Vertrauensperson soll ständig mit der freiwilligen Arbeitsvermittlungstelle in Verbindung bleiben.

Die Arbeitsnachweise haben das Recht, zu kontrollieren, ob die Arbeitsbedingungen innegehalten werden und Wohnung und Verpflegung berechtigten Anforderungen entspricht.

Ein allgemeines Vertragsformular, in dem diese Bedingungen festgelegt sind, soll noch vereinbart werden.

In den nächsten Tagen wird eine Ueberführung von Arbeitssachverständigen aus den Städten auf das Land kaum möglich sein. Wir hoffen, daß bis zu der Zeit, in welcher diese Arbeitsaufnahme eintreten kann, die Bestellung der Vertrauensleute erfolgt sein wird. Eine entsprechende Anweisung an die Vorstände der Zentralverbände und von diesen an die Zweigvereine der Verbände wird unverzüglich erfolgen.

Die Einbringung der Ernte ist unter allen Umständen erforderlich.

Es müssen deshalb alle in der Industrie frei werdenden Kräfte, soweit dies irgend möglich ist, die Grubenarbeiten übernehmen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche Landarbeit annehmen wollen, tun jedoch gut, vor endgültigem Abschluß eines Vertrages im Arbeitsnachweis sich an die gewerkschaftlichen Organisationen oder an die bis dahin bekannten Vertrauenspersonen zu wenden.

### Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

## Gelbe Helfer des Zarismus.

Deutschland ist jetzt gezwungen, seine Kultur und Unabhängigkeit gegen russisches Barbarentum zu verteidigen. Und da machen die Sozialdemokraten wahr, was sie immer betont haben: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich!“ Wenn die Mobilmachung vollzogen und die Heere an den Grenzen aufmarschiert sind, stehen weit über zwei Millionen Sozialdemokraten unter den Waffen, um die russischen Halb- und Ganzaffen und ihre Helfer abzuwehren. Und fast zu derselben Zeit berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 928 vom 4. August 1914):

„Berlin, 8. Aug. (Drath.). Der Hauptauschuss nationaler Arbeiter- und Berufsvereine Deutschlands erhebt in einer Entschließung auf das schärfste Einspruch gegen das die Interessen des Vaterlandes schädigende Verhalten der Sozialdemokratie. 300 000 nationale Arbeiter werden dort zu finden sein, wo es gilt, für das Ansehen des deutschen Namens und den Schutz der deutschen Interessen einzustehen.“

Die Sozialdemokratie ist die weitaus stärkste Partei Deutschlands, auf ihre Kandidaten entfielen bei der letzten Reichstagswahl über 4 1/2 Millionen, das sind mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen. Der Hauptauschuss der Gelben behauptet, diese weitaus stärkste Partei Deutschlands schädige „die Interessen des Vaterlandes“. Das kann auf gutes Deutsch übertragen, nur heißen: Die Sozialdemokratie ist nicht bereit, Deutschlands Kultur und Unabhängigkeit gegen russisches Barbarentum und seine Helfer zu verteidigen. Wer das in diesem ersten Augenblick nach allen vorausgegangenem sozialdemokratischen Kundgebungen noch behauptet, tut es nicht nur wider besseres Wissen, sondern besorgt auch die Geschäfte des Zarismus.

Und dieser Gelbenausschuss, der so die Geschäfte des Zarismus besorgt, hat dann noch die Ehre, zu sagen, er werde mit seinem Anhängel dort zu finden sein, „wo es gilt, für das Ansehen des deutschen Namens und den Schutz der deutschen Interessen einzustehen“. Wer schon im Frieden zu feige ist, manhaft seine Interessen zu verteidigen, wird es im Kriege erst recht sein. Armes Deutschland, das sich auf solche Elemente stützen mußte!

### Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Am 3. August erhob der Gelbenausschuss „schärfsten Einspruch“ gegen das die Interessen des Vaterlandes schädigende Verhalten der Sozialdemokratie: In der denkwürdigen Reichstagsitzung vom 4. August gab Abg. Sasse, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, folgende Erklärung ab:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch welche eine Welle des Weltkriegs herbeigeführt wurde und die Gegenläufe zwischen den Völkern sich verärferten, sind wie eine Sturmflut über Europa herein gebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. (Beifall bei den Soz.) Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch mächtige Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einberufen mit den französischen Brüdern (Beifall bei den Soz.) für Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges, uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nur haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. (Beifall.) Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißesten Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (Rebhafter Beifall aller Fraktionen.) Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schreden des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. (Rebhafter Beifall.) Für unser Volk und seine freie Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes besetzt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. (Stürmischer Beifall.) Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. (Rebhafter Beifall.) Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! (Rebhafter Beifallstundgebungen.) Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationalen, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfolgten internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegseiden in neuen Millionen den Abjahn vor dem Kriege weihen und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerr Friedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.“ (Rebhafter Beifall.)

### Aufruf der polnisch-sozialistischen Partei Oesterreichs.

Die polnisch-sozialistische Partei Oesterreichs erließ einen Aufruf, in dem es heißt:

Ein epochenmachender Augenblick für unser Land und Volk ist im Auge, der Augenblick für den Beginn des Kampfes gegen den ewigen Feind Polens, der Freiheit und der europäischen Zivilisation, des Kampfes gegen den Zarismus. Wir haben diesen Kampf nicht herausgefordert und wissen genau, daß er das arbeitende Volk am schwersten belasten wird. Der Krieg gegen das russische Barbarentum ist aber auch der Kampf mit dem grauamsten Bedrücker der Völker. Der Kampf mit dem Tyrannen Polens, dem Feind der Freiheit und unserer Entwicklung. Dieser Kampf ist unsere heiligste Pflicht. Zudem wir uns für den Krieg mit dem Zarismus vorbereiten, erfüllen wir nicht nur unsere Pflicht gegen uns selbst, sondern auch gegenüber der ganzen arbeitenden Klasse Europas, in erster Linie aber gegenüber den Millionen des arbeitenden Volkes in Rußland. Diese unsere Verantwortlichkeit zum Kampf mit dem Zarismus kann niemand verdammen, der menschenwürdige Verhältnisse im Osten Europas herbeiwünscht. Schmach und Fluch über jenen Polen, die in diesem Augenblick auf die Seite des Feindes des freien Völkers treten und durch nichtswürdige Verleumdung die Freiheitsbewegung Polens erlöschten wollen. Zudem wir auf diese Anstrengungen der Väter und Vorfahren mit Beachtung herabzusehen, bereiten wir uns vor zu Taten, die notwendig sind, um dem Zarismus möglichst viele Niederlagen beizubringen, in Solidarität mächtig für den Kampf durch die Größe und die Heiligkeit unserer Sache. Begeistert erwarten wir die Zukunft!

### Die Wiener Arbeiter-Zeitung.

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, schrieb über die Sitzung des deutschen Reichstages vom 4. August 1914:

Dieser Tag werden wir nicht vergessen, wie immer die eisernen Würfel fallen mögen, und mit heftiger Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, daß sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes. Das Bild, was heute der deutsche Reichstag bot, wird sich unauslöschlich einprägen im Bewußtsein der gesamten deutschen Menschheit, wird in der Geschichte als Tag stolzester, gewaltigster Erhebung des deutschen Geistes bezeichnet werden, und dem gesamten Europa, von dem sich ein so beträchtlicher Teil zum Unabhängigkeitskampfe gegen das deutsche Reich rüflet, wird dieser Tag zum Bewußtsein bringen, daß im Kampf um seine staatliche Unabhängigkeit und nationale Ehre Deutschland einzig ist und einzig bleiben wird bis zum letzten Wutstöße.

Diese Kundgebungen lassen wirklich keinen Zweifel über die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die auch nie Zweifel darüber gelassen hat, wie sie sich verhalten würde, wenn russisches Skiofantum und asiatische Unkultur uns bedrohen. Das weiß auch der Gelbenausschuss, und wenn er trotzdem den Eindruck erweckt, als sei das deutsche Volk nicht einzig in der Abwehr, besorgt er die Geschäfte des russischen Kiserregiments.

Wie wir hören, hat der Gelbenausschuss nachträglich seine „Kundgebung“ mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß damit nur dem Zarismus gebient wurde.

## Kaiser Wilhelm und der „Friedenszar.“

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht unter diesem Titel einen Artikel, in dem nicht allein bewiesen wird, wie der „Friedenszar“ Kaiser Wilhelm von jeher getäuscht und betrogen hat, sondern auch unsere naiven Monarchisten, die jedes Barentwort für ein Evangelium hielten und über einzelne Sozialdemokraten herfielen, weil sie „Friedensväterchen“ beleidigten. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Wie Kaiser Wilhelm über Rußland und den Zaren urteilte, mag eine Blütenseite aus den gesammelten Neben Kaiser Wilhelms II. lehren, die wir hier nach der Ausgabe Johs. Penzlers (bei Neclan) wiedergeben.“

Wie sehr der Kaiser persönlich auf gute Beziehungen zu Rußland hielt, brachte er gleich in seiner ersten Thronrede an den Reichstag vom 25. Juni in folgenden Worten zum Ausdruck:

„Unsere mit Oesterreich-Ungarn und Italien bestehenden Verbindungen gestatten mir zu meiner Befriedigung die sorgfältige Pflege meiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit 100 Jahren bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarn, welche meinen eigenen Gefühlen ebenso wie den Interessen Deutschlands entspricht.“

Diese persönliche Freundschaft galt damals dem Kaiser Alexander III. Als dieser im Oktober 1880 (vor 25 Jahren) Berlin besuchte, trat der Kaiser beim Frühstück im Kasino des Kaiser-Alexander-Garben-Regiments auf „das Wohl unserer Kameraden von der russischen Armee“. Diese aufrichtigen Worte unseres Kaisers haben jetzt durch das Verhalten Rußlands eine mehr als eigenartige Jubiläumsbeleuchtung erhalten. — Seine freundschaftlichen Gefühle übertrug Kaiser Wilhelm auch auf Nikolaus II. Am 25. September 1898 fand in Breslau in Anwesenheit des neuen Zaren eine Parade des VI. Armeekorps statt. Beim Festmahl begrüßte Kaiser Wilhelm den Zaren als „den Träger alter Tradition, den Hort des Friedens“. — Bei seinem Gegenbesuch in Petersburg sprach Kaiser Wilhelm als Entgegnung auf den Trinkspruch des Zaren am 8. August 1897 folgende bedeutungsvollen Worte:

„Eurer Majestät unerlöschlicher Entschluß, nach wie vor Ihrem Volke den Frieden zu erhalten, findet auch in mir den freudigsten Widerhall, und so werden wir, miteinander die gleichen Bahnen wandelnd, vereint dahin streben, unter dem Segen des Himmels die kulturelle Entwicklung unserer Völker zu leiten. Vertrauensvoll kann ich das Ergebnis erneut in Eurer Majestät Hände legen — und dabei steht, daß weiß ich, mein ganzes Volk hinter mir —, daß ich Eurer Majestät bei diesem großen Werke, den Völkern den Frieden zu erhalten, mit ganzer Kraft zur Seite stehen und Eurer Majestät kräftigste Unterstützung auch gegen jeden angeheißenen lassen werde, der es versuchen sollte, diesen Frieden zu stören oder zu brechen.“

In Graudenz sprach der Kaiser am 21. Dezember 1897: „Meine Aufgabe für die Stadt geht dahin, sie als Festungsstadt immer reicher auszugestalten — und deshalb auch mein heutiger Besuch —, damit Graudenz bei einer künftigen Bedrängnis widerstehen kann. Ich hoffe jedoch, daß es nie dazu kommen wird.“ Mit erhobener Stimme und fast jedes Wort betonend, sagte der Kaiser hinzu: „Denn unser Nachbar im Osten, ein lieber und getreuer Freund von mir, hat dieselben politischen Ansichten wie ich.“

Dem jetzt wie Blasphemie erscheinenden Friedensmanifest des Zaren von 1898 brachte Kaiser Wilhelm große Sympathie entgegen, wie seine Worte in der Thronrede an den Reichstag vom 6. Dez. 1898, seine Rede beim Festmahl zum Geburtstag des Zaren in Wiesbaden am 18. Mai 1899 beweisen.

Vom 11. bis 13. September 1901 hatte der Kaiser die denkwürdige Zusammenkunft mit dem Zaren auf der Höhe von Gela. Auf dem langen Markt in Danzig, vor dem Artushof, nahm der Kaiser in seiner Dankrede an den damaligen Danziger Oberbürgermeister, jetzigen Staatssekretär Delbrück, auf seine Gespräche mit dem Zaren Bezug mit den Worten: „Ich komme soeben von der hochbedeutenden Begegnung mit meinem Freunde, dem Kaiser von Rußland, welche zu unserer beider höchsten Zufriedenheit verlaufen ist und durch welche wiederum die Ueberzeugung unerlöschlich befestigt wird, daß für lange Zeiten der europäischen Frieden für die Völker erhalten bleibt.“

Bei der Begrüßung einer russischen Militärdeputation wies der Kaiser am 3. September 1902 in Posen darauf hin, daß er zum Beweise für die „alte Waffenbrüderlichkeit“ das Rahongesetz für Posen aufgehoben habe, wodurch eine friedliche Entwicklung der alten Festungsstadt ermöglicht werden wird. Nach dem Bericht einer russischen Zeitung sprach dabei der Kaiser noch folgende Worte:

„Sie, meine Herren, als Militärs, verstehen vollkommen, daß man in einer Grenzfestung nur Freunde aufnehmen darf, von denen man nicht glauben kann, daß ein Zusammenstoß mit Ihnen möglich ist. Ich gab deshalb den Befehl zur Auflösung der Befestigungen von Posen in der Annahme, daß sie nicht nötig sein können und daß die feste Freundschaft beider Reiche nie gestört werden kann.“

Beim Besuch des Zaren in Swinemünde am 6. August 1907 betonte der Kaiser Wilhelm erneut die „unveränderliche Freundschaft“ unserer Väter und unserer Völker. Diese Freundschaft hat mehr als ein Jahrhundert überdauert, sie verbindet uns heute und wird weiter dauern.“ Wie 1906, so traf Kaiser Wilhelm auch 1909 mit Nikolaus II. in den finnischen Schären zusammen. Der Zar sprach dabei „den aufrichtigen und unveränderlichen Wunsch aus, die traditionellen Beziehungen herzlicher Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens dauernd zu erhalten, als ein Unterpfand nicht bloß der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, sondern auch des allgemeinen Friedens.“ Kaiser Wilhelm entgegnete darauf: „Ich sehe darin zu gleicher Zeit eine neue Bestätigung der traditionellen Beziehungen herzlicher Freundschaft und des Vertrauens, die den vielseitigen Interessen und den durchaus friedlichen Bestrebungen unserer

Vänder gleichermaßen entsprechend zwischen unseren Regierungen be- stehen."

Diese Worte erläuterte der Kaiser bei der Regatta auf der Unter- Elbe ein paar Tage darauf, am 22. Juni 1909, in seiner Dankrede an den Hamburger Bürgermeister Dr. Burghard durch folgende histo- rischen Worte:

„Es freut mich, in der Lage zu sein, gerade Ihnen, als Ver- treter der Handels- und Geschäftswelt, da Sie ein Interesse an der friedlichen Gestaltung der Zukunft haben, das Folgende über die Bedeutung des Besuchs mitteilen zu können. Seine Majestät der Kaiser und Ich sind dahin übereingekommen, daß unsere Zusammen- kunft als eine energische Betätigung des Friedens aufzufassen ist. Wir fühlen uns als Monarchen unserem Gott verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Völker, die wir soweit als möglich auf friedlichem Wege vorwärts bringen und zur Blüte emporzuführen wollen. Alle Völker brauchen den Frieden, um unter seinem Schutze den großen Kulturaufgaben, ihrer wirtschaftlichen und kommerziellen Entwicklung ungehindert obliegen zu können. Daher werden wir beide stets danach streben, soweit es in unseren Kräften liegt, mit Gottes Hilfe für Förderung und Wahrung des Friedens zu wirken.“

Die hinterlistige Kriegsprovokation des „Friedensagaren“ und die Entfesselung dieses Weltkrieges ist eine bittere Lektion für unsere Ueberpatrioten, die jeden Sozialdemokraten wegen Ver- leidigung der russischen „Majestät“ verfolgt, der es wagte, diesen Blutdespoten bei seinem richtigen Namen zu nennen. Wer er- innert sich noch des Königsberger Montireprozesses, in dem die in Deutschland so geheiligte russische „Majestät“ gegen deutsche Staatsbürger geschüttet werden sollte? Und ist es nicht blutige Ironie, wenn der Preussische Landtag seine Zustimmung er- teilte, Dr. Liebknecht unter Anklage zu stellen, weil er „Friedensväterchen“ den Vultzaren nannte? Auch in der Beurteilung des „Friedensagaren“ haben die Sozialdemokraten Recht behalten, wie so oft, denn ein Monarch, der die Besten seiner Nation zu Tausenden hängen oder in den Kerker der Schlüsselburg oder in Sibirien zu Tode martern läßt, schaut auch nicht davor zurück, einen Weltkrieg zu entfesseln, in dem Millionen dahingemäht werden.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Notgesetz.

Der Reichstag hat in seinen zwei Sitzungen am 4. August folgende Gesetzesentwürfe einstimmig nach der Vorlage angenommen:

1. Entwurf eines Darlehnskassengesetzes;
2. Gesetzentwurf betr. die Unterstützung von Familien der in den Dienst eingetretene Mannschaften;
3. Gesetzentwurf über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse;
4. Gesetzentwurf betr. Ausnahme von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter;
5. Gesetzentwurf betr. die Ergänzung der Reichsschuldenordnung;
6. Gesetzentwurf betr. Veränderung des Münzgesetzes;
7. Gesetzentwurf betr. die Reichsbankstatuten und die Banknoten;
8. Gesetzentwurf betr. die Veränderung des Bankgesetzes;
9. Gesetzentwurf betr. den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen;
10. Gesetzentwurf betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeit- geschäften in Ware;
11. Gesetzentwurf betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Kran- kenversicherung;
12. Gesetzentwurf betr. die Höchstpreise;
13. Gesetzentwurf betr. die Sicherheit der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen;
14. alle Gesetzentwürfe betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungs- ordnung;
15. Gesetzentwurf über die Kriegsvorbereitung von Zivilbeamten;
16. Gesetzentwurf betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen.

#### Aufhebung der Zölle.

Der Bundesrat hat auf Grund der ihm zuteilenden Befugnis für 40 Positionen des Zolltarifs die Zölle vorübergehend aufgehoben. Die Zollfreiheit, die schon heute in Kraft tritt, bezieht sich auf folgende Artikel:

Roggen, Weizen und Spelz, Gerste, Hafer, Buchweizen, Hirse, Mais, Reis, Bohnen, Erbsen, Linsen, Lupinen, Weiden, Kartoffeln, Futterrüben, Zuckerrüben, Grünfutter, Küchengewächse, Pflanze, Maul- ekel, Aindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine, Federvieh, Fleisch, Schweine- speck, Fleischextrakt, Würste, gefalgene Fertlinge, zubereitete Fische, Schmalz, Salz und andere tierische Fette, Butter, Käse, Eier, Mehl, Graupen, Getriebe und sonstige Mülereierzeugnisse, Palmöl, Zuckerrübenschnitzel, gewöhnliches Backwerk, Margarine, Margarine- käse, Kunstseife, eingedickte Milch und Petroleum.

Wenn die Maßregel für die Ernährung des deutschen Volkes irgendwelche Bedeutung haben sollte, dann müßte sie spätestens an dem Tage ergriffen werden, an dem Oesterreich den Krieg an Serbien erklärt hatte. Denn von da an bestand die Gefahr des allgemeinen Krieges. Damals hätte man auf Grund der Zollfreiheit noch massen- haft Lebensmittel nach Deutschland gebracht. Jetzt aber haben sämt- liche europäische Staaten Ausfuhrverbote erlassen, weil sie alles selbst brauchen, und von überseeischen Lieferanten bekommen wir nichts mehr, weil England das verhindert.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Lage in der Eisenindustrie und im Bergbau.

Die Folgen des Krieges für unser Volkswirtschaftsleben sind gar nicht abzusehen und die schlimmsten Befürchtungen werden hegegt. Es ist unmöglich, darüber jetzt schon ein zutreffendes Urteil zu fällen. Die „Mittelrheinische“ Zeitung (Nr. 923 vom 4. August) schreibt u. a.:

„Der Krieg hat für die Eisenindustrie sowohl wie für den Kohlen- bergbau natürlich allerlei fördernde Einflüsse im Gefolge, die sich zu- nächst in den Betrieben bemerkbar machen werden. In den Kohlen- und Eisenwerken unseres Bezirks dürften antähernd eine halbe Million Arbeiter tätig sein. Und da es sich hierbei um einen starken Prozentsatz Behrpflichtiger handelt, so muß der Abgang derselben einen starken Arbeitermangel und vielfache Betriebsbeschränkungen im Gefolge haben, die stellenweise über den Rahmen der durch die schwache Kon- junktur bedingten hinausgehen werden. Besonders der Kohlenbergbau wird darunter zu leiden haben. Mancherorts wird man diese not- gebungene Einschränkung aber auch gar nicht unliebsam empfinden, denn sie kommt zu gelegener Zeit. Es ist vielfach zu hören, daß der Krieg jetzt, wo die Konjunktur auf ihrem Tiefstande angelangt ist, zu gar keiner geeigneteren Periode hätte ausbrechen können. Man ist deshalb auch der Meinung, daß seine Wirkungen in der Industrie kata- strophaler Art kaum sein können. Natürlich wirkt ein Krieg beim Aus- bruch zunächst lähmend auf den Geschäftsgang und die laufenden Ge- schäfte fangen an, auf der ganzen Linie zu stocken. Ein Teil der Auf- träge, die noch aus dem Ausland vorliegen, ist wegen Transport- und Abnahmeschwierigkeiten annulliert worden. Und schließlich macht das erlassene Ausfuhrverbot für Eisenbahn- und alle Kriegsmaterialien, darunter je in weitestem Sinne ein erheblicher Teil der Eisenerzeug- nisse fällt, jeglicher Ausfuhr schon von selbst zu Ende. Die zunächst im Gefolge des Krieges aufretende Stockung dürfte aber nach all- gemeiner Ansicht nicht von langer Dauer sein. Bei den Werken herrscht die Auffassung vor, daß die Situation sich durch den Krieg völlig ändern muß und man gibt deshalb zurzeit Abschlußangebote auf längere Fristen gar nicht heraus. Sollte der Krieg auf der ganzen Linie entbrennen und längere Zeit dauern, so werden der deutschen Eisenindustrie zweifellos größere Aufträge zufallen, deren ungehinderte Erledigung durch Schwierigkeiten in den Transportverhältnissen nicht in Frage gestellt werden kann. Denn nicht nur werden inländische Kriegs- bedürfnisse an uns herantreten, sondern auch unsere Verbündeten, Oesterreich-Ungarn und Italien, werden unsere stark entwickelte Leistungsfähige Eisen- und Rüstungsindustrie voraussichtlich in An- spruch nehmen. Der Dreihund hat den Vorteil, daß er mit den drei Weichen eine zusammenhängende Landmasse bildet und auf dem Land- wege eine ungehinderte Kommunikation unter den drei Ländern mög- lich ist, während zwischen Frankreich und Rußland eine solche zu Wasser und zu Land unmöglich ist. Beide sind vielmehr absolut isoliert und jedes auf sich allein angewiesen. Die gegenwärtige Versorgung und Unterstützung ist also in weit höherem Maße möglich, als bei unseren Gegnern. Im übrigen muß zur Beleuchtung der Marktlage im gegen- wärtigen Augenblick hervorgehoben werden, daß bei einer Anzahl Werte zurzeit noch so viel Aufträge vorliegen, daß sie für 2-3 Monate aus- reichend beschäftigt sind. Der Absatz vollzieht sich zwar langsam, aber es muß berücksichtigt werden, daß die geltenden Preise so außergewöhnlich niedrige sind, daß sie kaum noch weiter sinken können und mit einem Ansehen in nächster Zukunft zu rechnen sein wird. Die Werte haben also zunächst kein besonderes Interesse an langfristigen Ver- käufen. Der Krieg kann ihre Situation nur vorübergehend verschlech- tern; er dürfte sie später verbessern. U. E. liegt deshalb kein Grund vor, sich allzu großen Besorgnissen wegen Störung oder Vernichtung unseres Wirtschaftslens, besonders industriellen Lebens hinzugeben. Unsere Eisenindustrie wenigstens kann den kommenden Ereignissen mit Ruhe entgegensehen, wie dieses auch tatsächlich der Fall zu sein scheint. Jedenfalls ist bei den maßgebenden industriellen Kreisen von einer allgemeinen Erregung und großen Befürchtungen wegen der Zu- kunft weniger zu verspüren. Man beurteilt hier die Situation ruhiger und sachlicher.“

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Arbeitsvermittlung für die Landwirtschaft mit Hilfe der Gewerkschaften.

In der gegenwärtigen Situation leidet die Landwirtschaft unter großem Mangel an Arbeitskräften. Viele in Deutschland beschäftigte ausländische Landarbeiter sind in ihre Heimat zurückberufen worden.

Die Ernte steht reif auf dem Felde. Die Einbringung der Ernte ist nicht allein für die Landwirtschaft eine dringende Frage, sondern die Nichteinbringung der Ernte würde im Kriegszustande eine Hungers- not im Gefolge haben. Dies zu vermeiden liegt im Interesse auch der Arbeiterschaft.

In dieser außerordentlichen misslichen Lage, in der sich die Land- wirtschaft befindet, hat das Reichsamt des Innern, ansehend mit den übrigen Bundesstaaten, Schritte eingeleitet, um die in der In- dustrie freigewordenen Arbeitskräfte für die Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Es ist beabsichtigt, auch evtl. die Frauen und Kinder der im Felde Stehenden für diese Arbeiten heranzuziehen. Das Reichsamt des Innern hat zu diesem Zwecke mit den Gewerkschaften verhandelt.

Die Generalkommission hat durch ihre Vertreter bei dieser Ver- handlung erklären lassen, daß sie diese Aktion unterstützt. Im gleichen Sinne hat auch eine am 1. August tagende Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften beschlossen. Bei der Erörterung im Reichsamt des Innern ist von Vertretern der Generalkommission er- klärt worden, daß dieses Unternehmen nur Aussicht auf Erfolg hat, wenn durch einen Normalvertrag die Löhne festgesetzt und die Arbeiter nicht unter die Bestimmungen der Gesetznormung gestellt werden. Die Arbeitsvermittlung ist so gedacht, daß die rein mechanische Ver- mittelung aber nur dann geschieht, wenn der Landwirt die im Normal- vertrag festgesetzten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkennt. Bei der Annahme und Ueberlieferung der Arbeiter nach dem Lande werden Funktionäre der Gewerkschaften, die die Arbeitsvermittlung leiten, diesen mit Rat und Tat zur Seite stehen und dauernd auch mit ihnen in Verbindung bleiben, um die bestimmten Löhne und Arbeits- bedingungen zu überwachen.

#### Krieg und Gewerkschaftsinteresse.

Seit Jahren sind die Gewerkschaften als Förder des Wirtschafts- friedens denunziert und gehässig bekämpft worden. Nun ist die wirt- schaftliche Maschinerie ins Stocken geraten, in einer Weise, deren fürchterlich zerstörende Folgen nicht abzusehen sind. Aber jeder weiß: Wir stehen vor graufigen Ereignissen. Daß zur Herbeiführung des fürchterlichen Zustandes nicht die Gewerkschaften, nicht die moderne Arbeiterbewegung beigetragen hat, das wird jeder ehrliche Mensch un- umwunden zugestehen müssen. Zur Stunde herrscht die europäische Welt tatsächlich in Waffen.

Ferührt wird zu einem ganz erheblichen Teile, was die Gewerk- schaften in jahrzehntelanger Kulturarbeit geschaffen und aufgebaut haben. Schon jetzt sind die Arbeiter in ihren wirtschaftlichen und so- zialen Interessen ganz empfindlich geschädigt. Vor allem wird ihre Lebenshaltung durch die empfindliche Teuerung der Lebensmittel er- schwert. Die Getreide- und Mehlpreise schnellen beängstigend in die Höhe. Fast alle Lebensmittel sind teurer geworden; teimweise wurde die Teuerung gefördert durch das Verhalten der wohlhabenden Kreise, die so gern mit ihrem Patriotismus sich rühmen. Sie kauften große Mengen Lebensmittel auf Vorrat ein. Die armen Leute, die zu gleichem Tun nicht das Geld hatten, auch wohl nicht so egoistisch gesinnt waren, für das eigene Wohlgehen zu sorgen, in der Gewis- sheit, daß andere, und zwar gerade die Familien mit vielen Kindern, dafür nachher doppelt und dreifach darben müssen, haben später die unerschwinglichen Hungersnotpreise zu zahlen. In den österreichischen Städten stiegen die Lebensmittelpreise sofort nach der Mobilmachung um 30-50 Prozent, in Wien stiegen am vierten Mobilmachungstag die Kartoffeln (20 Pfund) von 1,40 auf 5 Kronen. Mehrfache Vor- gänge erleben wir im Industriegebiet, wo die Kartoffeln vielfach von 6 Mark pro Sack auf 16-18 Mark stiegen, das Salz von 10 Pf. auf 30-50 Pf. pro Pfund, so daß die Polizei sogar einschreiten mußte. Gegen diese Preisräuberei guter „Patrioten“ und frommer „Christen“ hat der Reichstag ein Notgesetz erlassen müssen. Das Geld wird teurer; die Reichsbank hat seit der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien den Diskont um 2½ Prozent erhöht. Dabei bleibt es nicht. Die hier und da sich regende Unternehmungslust ist wieder zurückgeschreckt. Niemand will etwas riskieren, er weiß ja nicht, was die Zukunft bringt. Am schwersten werden die vorwiegend auf Export angewiesenen Industrien betroffen. Gleichzeitig mit der Kriegserklärung ist die Ausfuhr und die Durchfuhr einer Reihe Waren verboten worden; es sind das: Eisenbahnmaterial aller Art, Telegraphen, Fernsprech-, Luftschiff- und Fahrzeugteile, sowie ganze Ausrüstungen, weitere Waffen und Munition aller Art, sowie Verband- und Arznei- mittel, ärztliche Instrumente und Geräte, desgleichen Rohstoffe, wie: Erze, Kupfer, Steintohlen, Waunföhlen, Dole, Baumwolle, Wolle, Flachs, Hanf, Leder, Kautschuk usw., außerdem Tiere und tierische Erzeugnisse, weiter noch Getreide und Futtermittel.

Eine Vorklebung von der Bedeutung der Ausfuhrverbote gibt die folgende Uebersicht. Sie enthält die vorwiegend in Betracht kommen- den Waren. Es wurden im Jahre 1913 ausgeführt:

Waren	Mengen in Doppelzentner	Wert in Mark
Mineralische und fossile Rohstoffe	518 562 890	869 805 000
Wolle, Baumwolle und andere pflanzliche Spinnstoffe	2 346 889	1 031 004 000
Abfälle von Seipsinen	1 322 349	48 444 000
Leder und Lederwaren	544 572	553 219 000
Kautschukwaren	197 056	128 284 000
Eisen und Eisenlegierungen	64 972 618	1 339 255 000
Kupfer und Kupferlegierungen	1 080 492	267 564 000
Fahrzeuge	1 107 378	174 970 000
Pharmazeutische Erzeugnisse	15 755	101 866 000
Sprengstoffe und Schießbedarf	432 572	74 055 000
Feuerwaffen	220 073	15 794 000
Fische (Süß)	5 965	
Tiere und tierische Erzeugnisse	2 241 658	339 866 000
Erzeugnisse des Aders- und Wiefenbaues	30 045 804	571 243 000

Es handelt sich um Werte im Gesamtbetrage von 3½ Milliarden Mark rund. Selbstverständlich wird der Export von Waren aller Art nach den in Kriegszustand befindlichen Ländern völlig eingestellt. Massenhaft erfolgen jetzt schon Rückbildungen. Verschiedene Fabriken haben jetzt schon angekündigt, daß sie die Betriebe vollständig schließen würden. Die Lebensmittelteuerung verschärft die Lage, steigert die durch Produktionsbeschränkung hervorgerufene Arbeitslosigkeit. Die

erhöhten Aufwendungen für die unerlässlich notwendigen Nahrungs- mittel vermindern die Kaufkraft der breiten Masse.

In gewerblichen Erzeugnissen wird wenig oder gar nicht gekauft. Größer und größer wird das Heer der Arbeitslosen, der Wirtschaft- apparat gerät fast vollständig ins Stocken.

Das alles vollzieht sich unabwendbar, mit automatischer Sicher- heit. Die sozialen Mitle, als Folgen der Störung des wirtschaftlichen Friedens, sind aber nur ein Auschnitt aus dem Gesamtbild der fürch- terbaren Ereignisse, die der angeleitete Krieg über die Menschheit bringt. Die moderne Arbeiterbewegung hat sich stets unbedingt als Gegner des Krieges betannt. Immer wieder haben ihre Organisationen für den Völkerrfrieden demonstriert; für den Völkerrfrieden als bestes Mittel und einzig sichere Grundlage kultureller, sozialer und wirt- schaftlicher Entwicklung.

#### Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftskongress in München hat ein Regulativ ange- nommen, durch das sich die vereinigten Gewerkschaften u. a. die Auf- gabe stellen, gemeinsam die Mittel für Kämpfe aufzubringen, in die nicht genügend leistungsfähige Verbände verstrickt werden oder für Kämpfe, die die Finanzkraft selbst starker Organisationen übermäßig in Anspruch nehmen. Aus diesem Grunde ist die Frage berechtigt: Wie steht es mit der finanziellen Leistungsfähigkeit der an die Ge- neralkommission angeschlossenen Gewerkschaften? Die nachfolgende Aufstellung erlaubt ein Urteil darüber. Sie veranschaulicht die Ent- wicklung der Mitgliederbestände und die Einnahmen und Vermögen auf den Kopf der Mitglieder, wodurch die finanzielle Leistungsfähigkeit am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Es wurden gebucht:

Jahr	Anzahl der Verbände	Anzahl der Mitglieder	Einnahmen pro Kopf der Mitglieder	Vermögen
1801	62	277 650	4,02 M.	1,53 M.
1802	58	287 004	8,56 "	2,72 "
1803	51	223 530	10,05 "	3,68 "
1804	54	246 404	10,80 "	5,85 "
1805	53	259 176	11,71 "	6,88 "
1806	51	320 230	10,00 "	7,08 "
1807	58	412 350	9,90 "	7,15 "
1808	57	498 742	11,57 "	8,87 "
1809	55	680 478	18,25 "	9,81 "
1900	58	680 427	18,80 "	11,88 "
1901	57	877 510	14,56 "	18,10 "
1902	60	788 208	15,13 "	18,08 "
1903	63	887 098	18,49 "	14,81 "
1904	63	1 052 108	19,10 "	15,81 "
1905	64	1 344 803	20,68 "	14,80 "
1906	66	1 680 709	24,62 "	14,68 "
1907	61	1 805 506	27,55 "	17,82 "
1908	60	1 881 731	28,50 "	22,29 "
1909	57	1 882 667	27,03 "	23,29 "
1910	63	2 017 208	31,91 "	28,06 "
1911	61	2 320 086	31,08 "	26,76 "
1912	48	2 580 890	31,70 "	31,92 "
1913	47	2 548 768	32,75 "	34,55 "

Die deutschen Gewerkschaften haben sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten geradezu sprunghaft entwickelt. Vorher wollte es augen- scheinlich nicht so recht vorwärts gehen. Der stärkste Mitgliederzuwachs fällt zusammen mit der größten Steigerung der Einnahmen auf ein Mitglied. Seit 1801 ist die Einnahme pro Mitglied von 4,02 M. auf 32,75 M. in Jahre 1913 gestiegen. Noch stärker war das Wachstum der Vermögensbestände, nämlich von 1,53 M. auf 34,55 M. In den letzten beiden Jahren ist das Vermögen über die Jahreserinnahme hinausgewachsen. Wenn nicht ganz außergewöhnliche Kämpfe viele Millionen verschlingen, dürfte diese Entwicklung auch noch weiter an- halten. In der Zukunft ganz zweifellos eine sehr gesteigerte finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zum Ausdruck. In der stetigen Steigerung des Vermögens ist nur einmal, 1805/06, eine Unterbrechung eingetreten. Die aufsteigende Bewegung in den Einnahmen wurde dreimal unterbrochen, zuerst 1808/07, dann 1908 und zuletzt i. J. 1911. In der Kurve der Mitgliederbewegung zeigen sich zwei, den Aufstieg föhrende Ausbiegungen; die erste Anfang der 90er Jahre, die zweite 1908. Ein absoluter Rückgang der Einnahmen war einmal, im Jahre 1908, zu verzeichnen. Der Ausfall gegen das vorausgegangene Jahr macht annähernd 3 Millionen Mark aus. Der Rückgang in der Zahl der Verbände, bei gleichzeitiger starker Mitgliederzunahme seit 1906, ist eine Folge der Zusammenschlüsse von Organisationen. Berufs- organisationen vereinigen sich zu Industrieverbänden. Die Organi- sation der Landarbeiter ist ebenso wie der Verband der Hausangestellten in die obige Statistik nicht einbezogen worden. Eine solche Kraft, eine solche Entwicklungsmöglichkeit, wie sie sich in dieser Zusammen- stellung ausprägt, ist ein Beweis für die Existenzberechtigung der Gewerkschaften und auch für ihre unerlässliche Notwendigkeit als Kulturfaktor. Nur eine gesunde, aus den Verhältnissen herausge- wachsene, notwendige Bewegung kann sich so kraftvoll entfalten, wie wir das mit stolzer Freude von den Gewerkschaften sagen können.

### Knappschäftliches.

#### Eingezogene Vertreter und deren Stellvertreter.

Die Verwaltung des Bochumer Knappschäftsvereins schickt uns fol- gende Zusammenstellung der eingezogenen Knappschäftsältesten und derjenigen Vertreter, die während der Kriegszeit als deren Stellver- treter fungieren (die in Klammern gesetzt sind Stellvertreter):

Geschäftsausführungsbereich Bochum. Weitemar: Korth (Wilm, Weitemar, Friedrichstr. 44). Eickel: Lüdemeyer (Gungege, Eickel, Kurfürstenstr. 25). Verthe: Manuschy (Habe, Verthe, Friedrichstr. 9). W e d e r t i t t e r: Kröpfer (Knäper, Holtshausen b. Gattlingen, Nr. 66). W e r n e (Arnsberg): Gerß (Schulz, Werne, Hellwegstr. 136).

Geschäftsausführungsbereich Dortmund. Dortmund: Aneulen (Neuhoff, Dortmund, Leibnizstr. 28). Ham: Götte (Eckert, Wie- scherhöfen, Weststr. 199). Hechen bei Hamm: Wiebemann (vor- läufig Wetter, Werries bei Hamm, Kaiserstr. 65). Kamen: Petras (Neumann, Kamen, Nordmauer 51). Wengede: Netze: Olejnit (Zilmann, Netze, Viktorstr. 183). Nordlinern: Biermann (Scheele, Königshorn, Kamenerstr. 50). Kirchlinde: Bodenbock (Künke, Westrich, Brandheide 30).

Geschäftsausführungsbereich Essen. Altdorf: Küper (Lüttenberg, Altdorf, Eichenholzfeld 9). Essen: Neumann (Wies, Essen, Hord- strafe 16). Essen-Bergerhausen: Hennig (Schamp, Essen- Bergerhausen, Oststr. 3). Hjang bei Ruppert: Köpfer (Schu- macher, Ueberbruch, Mühlengraben 48). Ruppert bei: Dredt (Sippel, Dilldorf Nr. 17). Steele: Rod (Braul, Steele, Grafweg 15). Frillendorf: Rosemann (Rambel, Stoppenberg, Umalienstr. 11).

Geschäftsausführungsbereich Gelsenkirchen. Bottrop: Dietz (Stap- pert, Bottrop, Horststr. 448). Bottrop: Kubia (Cleber, Bottrop, Oststr. 11). Buer: Steinbach (Gloedde, Buer, Königgräberstr. 3). Buer-Erle: Gers (Neumann, Buer-Erle, Wilhelmstr. 62). G e l- senkirchen: Samel (Meinhardt, Gelsenkirchen, Liboriusstraße 78). G e l s e n k i r c h e n : W a u p e l (G e r l i n s k i , G e l s e n k i r c h e n I I , G r i l l o s t r a ß e 32 a . - Vertretung erfolgt vom 18. 8. ab). G l a d b e c k : P r o s t (W a i , Gladbeck, Berlinerstr. 55). G l a d b e c k : U n a u f (S a l z m a n n , G l a d b e c k , Schützenstr. 84). G l a d b e c k : N e i m a n n (M a u s c h e l , G l a d b e c k , F r a n z - s t r a ß e 4). G o r t e m a r t : K o h l e n z (M a u j o l s , G o r t e m a r t , W i n d e l - s t r a ß e 13). K a r n a p : F r e n k e l (v o r l ä u f i g K r a u p e , K a r n a p , K ö n i g - s t r a ß e 238). K o t t h a u s e n : G u s e l (K o r z e n , K o t t h a u s e n , W i e h e n - s t r a ß e 51). W u e r - S a f f e l : G e y (O l t o , W u e r - S a f f e l , W o d e n s e l d - s t r a ß e 2).

Geschäftsausführungsbereich Herne. E r f e n s c h w i d : R a l l w i t h (W o g t , Der, Kreis Medlinghausen, Buschstr. 64). K a p e n : J a r g h o f f (W o g t , Der, Kreis Medlinghausen, Buschstr. 64). G e r n e : W o r t h m a n n (W e n g , Herne, Wieserstr. 102). Nebenamt folgende Straßen: Altdorfer- straße von 1 bis 164, ausschließlich Wirtschaft Schmidt, Wache, Bochumer-, Dängel und Siepenstr.). (Weitenbach, Bergen, Post Herne, Gernerstr. 4. Nebenamt folgende Straßen: Altdorferenerstr. von der Wirtschaft Schmidt bis zu Ende, die Bergstr., Wöbestr., den Konstantin- ring und von der Gemeinde Bergen die Hellwegstr.). M a r i : W u m m e r (v o r l ä u f i g W i l l e r , F r e n t r o p , P o l j u m e r s t r . 151). G a b i n g h o r s t : M a t a j e z a f (R e g u l s k i , G a b i n g h o r s t , K ö m e r s t r . 53). M e d l i n g h a u s e n : G e h n e n (v o r l ä u f i g G e r m a n n , M e d l i n g h a u s e n , G e m e i n e s t r . 29). R e - d l i n g h a u s e n - S ü d : G o f f m a n n (K o p e r s k i , M e d l i n g h a u s e n - S ü d , G e m e i n e s t r . 191). W a n n e : W a d e y (W a s t e l e w s k i , W a n n e , H o r s t r . 23.

Vertretung erfolgt vom 16. 8. ab). Wanne: Masek (Wastelstr. 28). ...

Gläubigere Anknappschaffsrate

im Bochumer Anknappschaffsbereich und ihre Stellvertreter (die in Klammern gesetzlich sind die Vertreter): Duisburg-Laar: Dr. Cöhen (Dr. Ullmar in Duisburg-Weed).

Wanne: Masek (Wastelstr. 28). ... Vertretung erfolgt vom 16. 8. ab). ...

Wanne: Masek (Wastelstr. 28). ... Vertretung erfolgt vom 16. 8. ab). ...

menn das nicht geht, jage ich euch alle zum Teufel! Der Lohn be- trägt auf den meisten Waggon 88 Pf. pro Stunde.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Die Landsturmpflicht.

Durch die allgemeine Mobilmachung werden auch die Landsturm- pflichtigen berührt. Für den Bezirk des VII. Armeekorps (Regierungs- bezirk Münster, Arnberg und Düsseldorf), sowie die Provinz Bran- denburg und Berlin und einige andere Korpsbezirke im Innern des Reiches ist die Aushebung des Landsturmes vorläufig noch nicht ver- flicht, immerhin müssen auch die Landsturmpflichtigen dieser Bezirke mit der Möglichkeit rechnen, in den allgemeinen Kriegszustand hinein- gezogen zu werden.

Feldpostsendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine.

Für Feldpostsendungen in Privatangelegenheiten an die Angehörigen des Heeres und der Kaiserlichen Marine gelten während des mobilen Verhältnisses nachbezeichnete Portobergütungsregeln:

1. Portofrei werden befördert: a) gewöhnliche Briefe bis zum Gewichte von 50 Gramm, b) Postkarten und c) Geldbriefe bis zum Gewichte von 50 Gramm und mit Wertangabe bis zu 150 Mark.

Die Anknappschaffsvereine Breukens.

In der Zeitschrift für das Berg-, Gütten- und Salinen- wesen" erscheint alljährlich eine amtliche Statistik der Knapp- schaffsvereine Breukens. So auch im Band 62, der im Juli herausgegeben wurde.

Wir haben uns nun die Mühe genommen, aus den Tabellen die Ziffern über die acht stärksten Anknappschaffsvereine heraus- zuziehen. Daraus ersehen wir, daß diese acht Anknappschaffs- vereine bedeutend stärker sind, als die 54 übrigen, und daß es hoch- nötig wäre, verschiedene dieser kleinen Anknappschaffsvereine zum Nutzen ihrer Mitglieder miteinander zu verschmelzen.

Table with 5 columns: Anknappschaffsverein, Zahl der Werke, Gesamt- belegschaft, davon Pension- stufen- miltglieder, darunter weiblich, Auf Verrentungswerten beschäftigte, die nicht angehö. Invaliden

Die 788 Werke der acht größten Anknappschaffsvereine hatten am Schlusse des Jahres 1912 eine Gesamtbelegschaft von 736 988 Mann gegenüber einer Belegschaft von 163 997 Mann in 1020 Werken der übrigen 54 preussischen Anknappschaffsvereine.

Table with 5 columns: Anknappschaffs- Verein, Bei den im Geschäftsjahre aufgenommenen Krankeninvaliden betrug das durchschnittliche Lebens- dienst- alter, Durch- schnittliche Höhe der jährlichen Pension, Bei den im Geschäftsjahre aufgenommenen Krankeninvaliden betrug das durchschnittliche Lebens- dienst- alter, Durch- schnittliche Höhe der jährlichen Pension

Bei der Zahl der Krankheitsstage stand der Alg. Knapp- schaffsverein Bochum mit 16,8 Tagen unter dem Durchschnitt, der in allen preussischen Anknappschaffsvereinen 17 Tage betrug.

Table with 5 columns: Bochumer Alg. Knappschaffsverein, Verfähbares Vermögen der Krankenkassen, pro Mitglied, Verfähbares Vermögen der Pensionskassen, pro Mitglied

Mißstände auf den Gruben. Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Bergheim (Sanderbörs). Die Arbeiter des Bagger- betriebes Hoch- und Tiefbaugesellschaft Deutschlands auf genannter Grube klagen sehr über die Behandlung durch den Bauführer Wohl- fahrt. Mit allen der Zoologie entstammenden Namen werden die Ar- beiter traktiert. Kürzlich sagte er: Ihr Jungen, ihr müßt euch alle einen Wusch geben! Sonst an mir in zwei Kolonnen getippt und

Essen: Dr. Wagenknecht (Knappschaffsarzt Dr. Krämer). ... Essen-Hüttop: Dr. Schulte (Dr. Müller). ... Essen-Wergerhausen: Dr. Knote (Dr. Wisping, Kelling- hausen).

Der Staatssekretär des Reichspostamts. Prakt.

Die nach dem Feldheere gerichteten Postsendungen können, da die Marschquartiere der einzelnen Truppenteile fortwährend wechseln, nicht, wie im gewöhnlichen Verkehre, auf einen vom Absender anzu- gebenden bestimmten Ort geleitet, sondern müssen zunächst der Feld- postanstalt zugeführt werden, die für den Truppenteil der Postdienst- wahrnehmen hat.